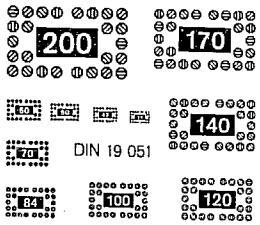

Haben wir noch eine Zukunft?

Von Günter Markscheffel

Herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei
Bezirk Rheinhessen

A 97 - 08940

Rede im Zelt des Circus Belli, in Mainz am 20. April 1947

Verantwortlich: Fritz Müller, Mainz, Schottstraße 2

Druck: Wilh. Traumüller, Oppenheim a. Rh.

No d'autorisation 47-535

A 97 - 08940

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

So war es ....

Im Jahre 1932, als wir in Deutschland 6 000 000 Arbeitslose zählten, fragte mich eines Tages ein junger Erwerbsloser:

„Haben wir denn überhaupt noch eine Zukunft?"

Ich antwortete: „Ja, Freund, wir haben eine Zukunft, wenn wir Deutschen endlich begreifen, daß die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise nicht mit Säbelrasseln, mit Kanonen und Flugzeugen — mit einem Wort — mit Hitler überwunden werden können, sondern mit einer gerechten Lastenverteilung zwischen Besitzenden und ohne Schuld erwerbslos gewordenen Arbeitern!"

Wir haben eine Zukunft, sagte ich dem jungen Freund, wenn die Mehrheit des deutschen Volkes zusammen mit der Sozialdemokratie den Kampf für die **Ausmerzung des Schiebertums**, der **Kriegs-** und **Krisengewinnler** siegreich führt.

Wir haben eine frohe Zukunft, wenn die Mehrheit des deutschen Volkes mit uns dafür sorgt, daß durch eine Heranziehung der großen **Aktiengewinne**, durch eine **gerechte Besteuerung des Großgrundbesitzes** und durch eine demokratische Sozialisierung der Schlüsselindustrien die Mittel frei gemacht werden, die wir brauchen, um unsere 6 000 000 Arbeitslosen in einen friedlichen Arbeitsprozeß zu bringen und nicht in die Werkstätten der Kanonenkönige.

Denn es war damals möglich, auch ohne Hurrapatriotismus und ohne die ordenbehängte Verbrecherbande unserem Volke eine frohe Zukunft zu geben.

Die Mittel dazu haben nicht gefehlt! Sie waren vorhanden!

Aber die friedliche Arbeitsbeschaffung in der Republik wurde sabotiert, und als Hitler im Verband der Großindustriellen in Düsseldorf gesprochen hatte, da auf einmal füllten sich die Kassen der NSDAP.!

Da wurden die Herren Krupp und Thyssen, die Herren Schacht und die anderen politischen Gauner plötzlich „Sozialisten"!

Uns nannte man nach altem Muster die „Vaterlandsverräter", und während wir in einem letzten Aufschrei das allzuwahre Wort „Wer Hitler wählt, wählt Krieg!" in Millionen Plakaten dem deutschen Volk vor Augen hielten, wurde unsere friedliche Zukunft als pazifistisch und verweichlicht verhöhnt.

Wir erinnern uns noch alle, wie die Millionen und Milliarden plötzlich aus dem Boden hervorschossen, als man diejenigen in die Konzentrationslager und Zuchthäuser gesperrt hatte, die dem Volke das warnende Halt zuriefen.

Das ist vorbei. — Mit Schaudern stehen wir alle ohne Ausnahme vor den grausamen Trümmern eines blinden Wahnsinns, eines verruchten Verbrechens.

Wir haben alle die Opfer zu tragen, denn wir sind eine Schicksalsgemeinschaft, verbunden durch unsere Sprache, durch unsere Liebe zur Heimat.

Wir alle aber, wir, die die Lasten mittragen und heute die eifrigsten beim Wiederaufbau sind, wir Sozialisten, wir haben ein unverbrüchliches Recht vor den anderen, die unsere Zukunft zerschlugen.

Wir haben das Recht, von ihnen zu fordern, daß sie heute mindestens still sind, sich nicht bei jeder Schwierigkeit auf die Demokratie berufen — die sie erst einmal begreifen sollten — sondern daß sie an die Arbeit gehen, an die innerdeutsche, an die unter uns Deutschen zu regelnde moralische und materielle Wiedergutmachung.

Wir Sozialisten haben das Recht zu dieser Forderung, weil auch heute wieder die gleichen Kräfte im deutschen Volk auf Stimmenfang ausgehen, die schon einmal, ja eigentlich schon mehrere Male, unsere Zukunft, die Zukunft aller arbeitenden Deutschen zu Gunsten ihrer Privatinteressen aufs Spiel setzten.

Die Zukunft heißt Sozialismus . . .

Hinter verschiedenen deutschen Parteien stehen heute auch wieder Kräfte und Männer, die allzu gerne sehen würden, daß wir Deutschen uns von den zukunftsweisenden Grundsätzen der sozialistischen Idee ablenken lassen.

Die einen tuen das unter Berufung auf das angeblich bedrohte Christentum!
Die Anderen unter Berufung darauf, daß sie eigentlich „auch sozial" seien!
Man soll uns mit diesen Taschenspielerkunststücken vom Leibe bleiben!
Wir kennen das Lied zur Genüge!

Das Christentum ist heute in Deutschland von niemandem bedroht und braucht daher am allerwenigsten von einer politischen Partei beschützt zu werden!!!

Das sollte man — falls es notwendig erscheint — beruhigt den berufenen Vertretern der Kirche überlassen. Sie sind sehr geschickt in dieser Arbeit und verdienen jede Anerkennung.

Aber die, die auch im Jahre 1933 als die unpolitischen Wirtschaftler den nationalsozialistischen Staat als die Grundlage einer sogenannten gottgewollten Ordnung anerkannten, die sollen sich heute nicht hinter das Christentum verkriechen!!!

Wir kennen sie und wir werden nicht ruhen, bis auch die katholischen Arbeiter, die kleinen Bauern, die Angestellten und überhaupt alle, die von eigener Arbeit leben, mit uns gemeinsam eintreten, auch in den Parteien, in denen sie sich heute noch befinden, für die

Sozialisierung der Schlüsselindustrien,
für die Heranziehung der großen und im Kriege noch vergrößerten Vermögen,
für die gerechte Lastenverteilung — mit einem Wort:
für unsere Zukunft!

Unsere Zukunft, die Zukunft Deutschlands wird demokratisch — sozialistisch — sein und jeder, der in den grausamen Jahren begriffen hat, daß die Warnungen der Sozialdemokratie allzu berechtigt waren, soll unser Kampfgefährte sein.

Jeder Katholik, jeder Protestant kann mit uns und bei uns die Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht der Arbeitenden bei der Gestaltung der Wirtschaft vertreten.

Jeder gläubige Christ wird mit uns der Meinung sein, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung einer gerechteren, einer sozialistischen Ordnung weichen muß!

Und jeder wirklich gläubige Christ wird uns verstehen, wenn wir ihn aufrufen, mit uns gemeinsam endlich einmal dafür zu sorgen, daß die deutsche Zukunft nicht wieder im Zeichen der Profiteure ihrer Arbeit oder im Zeichen von Generälen steht.

Wollt Ihr noch einmal, daß in Deutschland diejenigen regieren, die mit den Werten, die Ihr schafft, Schindluder treiben?

Wollt Ihr noch einmal, daß der Zustand eintritt, in dem Ihr nichts zu sagen habt, wenn über die Erträgnisse Eurer Arbeit entschieden wird?

Und wollt Ihr noch einmal, daß aus Profitinteressen einiger Weniger Kanonen statt Butter und Tanks statt Häuser gebaut werden?

Dann besinnt Euch darauf, daß Ihr einen Verstand habt, der Euch sagt, daß das Leben, die Zukunft unseres Volkes abhängig ist von der gerechten Verteilung dessen, was Ihr, was das Volk in gemeinsamer, schwerer Arbeit erarbeitet!

Denkt daran, wie schön unser Deutschland heute aussehen würde, wenn Ihr, die Schaffenden, allein zu bestimmen gehabt hättet, ob Ihr statt neuer Kasernen und statt Flugzeugen Siedlungen für die Arbeiter, helle Wohnungen und moderne Schulen und Sportplätze für Eure Kinder gebaut werden.

Deutschland wäre heute das schönste Land der Welt. Unsere Heimat wäre nicht die Not in Trümmern, sondern das Leben im Frieden!

Das sind die innerpolitischen Grundsätze, die die Sozialdemokratie dem deutschen Volk für die Gestaltung seiner Zukunft vor Augen hält. Das sind die Grundsätze, nach denen wir unser Haus bauen wollen und von denen wir uns auch nicht abbringen lassen werden, wenn Elend und Not die schönsten Grundsätze in Frage stellt.

Elend und Not, das sind die Gesetze, die im Augenblick als das Erbe der Hitlerdiktatur das deutsche Leben zu regieren drohen.

In verschiedenen Gegenden Deutschlands hat diese Not schon zu Verzweiflungsakten geführt, haben die Menschen geglaubt, Aktionen durchführen zu müssen, um der Welt zu sagen, daß sie am Rande ihrer Kräfte stehen.

Und wieder sind in diesen Tagen in und außerhalb Deutschlands Stimmen laut geworden, die von einer Wiedergeburt des falschen deutschen Nationalismus sprachen und die besonders bei uns Sozialdemokraten jene Zeit schmerzlich in Erinnerung riefen, in der schon einmal nach dem vorigen Weltkriege die deutsche Demokratie auf der Grundlage einer Konkursmasse um ihre Existenz rang.

Frankreich und wir . . . .

Gerade wir Sozialdemokraten hier im Rheinland, das so eng und so unmittelbar mit dem Geist der französischen Revolution verbunden ist, gerade wir hier empfinden schmerzlich jedes Mißverständnis, das an den Grenzen unseres Landes geäußert wird.

Aus diesem Grunde halten wir es jetzt mehr denn je für unsere Pflicht, zu einigen Dingen Stellung zu nehmen, die uns besonders hier in der französischen Zone, aber uns Sozialdemokraten in ganz Deutschland aufs tiefste berühren.

Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie in der Überwindung eines Generationen alten Mißtrauens zwischen Frankreich und Deutschland eine der Grundlagen für den Frieden Europas sieht.

Mit dieser Feststellung, die in unseren Kreisen gewissermaßen zum ABC jeder politischen Überlegung gehört, verpflichten wir uns aber auch gleichzeitig zu der Beantwortung der Frage, wie dieses Problem praktisch gelöst werden kann.

Wir Sozialdemokraten begnügen uns bekanntlich nicht mit leeren Phrasen, sondern wir versuchen in jeder Situation — und sei sie noch so schwierig — die realen Voraussetzungen für die Lösung scheinbar unlösbarer Probleme zu schaffen.

Frankreich, jeder Franzose, wünscht die Sicherheit, die Garantie, daß sein Land nicht wieder einmal wie in den vergangenen Jahrzehnten vom deutschen Imperialismus oder Faschismus überfallen wird.

Dieser Wunsch ist berechtigterweise stark, denn die Leiden, die das französische Volk während und nach jeder Invasion auf sich nehmen mußte, sind unermeßlich groß gewesen — daß es uns scheint, als könne die notwendige Wiedergutmachung für das erlittene Unglück vom französischen Standpunkt aus nur durch die Aufgabe des deutschen Eigenlebens gesichert werden.

Kohlen . . Reparationen . . .

Zu diesem Fragekomplex gehört in erster Linie das Reparationsproblem und damit das Kohlenproblem. Frankreich braucht für seinen Wiederaufbau Kohlen, und wir deutschen Sozialdemokraten erkennen dieses Bedürfnis nicht nur an, sondern haben seit dem Zusammenbruch des Hitlerreiches als erste deutsche Partei die Notwendigkeit dieser deutschen Wiedergutmachungsleistung betont.

Mit dieser Anerkennung haben wir als verantwortungsbewußte politisch und wirtschaftlich geschulte Menschen gleichzeitig aber auch eine Verpflichtung übernommen, die darin besteht, daß wir uns fragen, wie, wann und in welchem Ausmaß diese geforderten Kohlen geliefert werden können.

Aus Gründen, die jedem bekannt sind, hat die Ruhrkohlenproduktion z. Zt. erst wieder die Hälfte ihrer Normalziffern erreicht.

Der deutsche Arbeiter, wir alle bemühen uns trotz der katastrophalen Ernährungslage, die Kohlenproduktion so schnell wie möglich zu steigern. Wir

sind ehrlich genug um zu sagen, daß wir dies nicht nur tun, um schneller und besser die Wiedergutmachungsforderungen erfüllen zu können, sondern auch deswegen, weil die Erhöhung der Kohlenproduktion die Grundlage für den Wiederaufbau unserer Städte, ja für den Wiederaufbau unseres normalen Lebens bildet. Gesetzt den Fall nun, man würde heute schon wesentlich höhere Kohlenmengen den Siegerländern zur Verfügung stellen, dann ergäbe sich daraus eine für lange Jahre unterbundene Steigerung jeder anderen industriellen Produktionskapazität, die notwendig ist, um die Gruben überhaupt produktionsfähig zu halten.

Frankreich und zahlreiche andere Siegerländer, die ebenfalls Kohlen fordern, könnten jetzt zwar zum Teil vorübergehend befriedigt werden, aber am Ende dieser Scheinbefriedigung stünde ein wirtschaftliches Nichts im Herzen Europas, das — ob wir es wollen oder nicht — nun einmal Deutschland heißt.

Die andere Konsequenz einer überstürzten Reparationsleistung würde die Siegermächte vor die sich von selbst aufgedrängte Frage stellen, wie, wann, mit welchen Mitteln die anderen Reparationsforderungen erfüllt werden sollten.

Auch bei diesen Feststellungen leitet uns der Gedanke an die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen dem deutschen und dem französischen Volk.

Denn wir deutschen Sozialdemokraten haben nicht nur die Aufgabe, zusammen mit den anderen Parteien die materiellen Trümmer Deutschlands zu beseitigen und ein neues Leben zu gestalten, sondern wir müssen uns auch mit den geistigen Verwüstungen auseinandersetzen, die der Faschismus in unserem Lande heraufbeschworen hat. Hier stehen uns nur unser unerschütterlicher Glaube an die Überlegenheit und menschliche Größe der wahrhaft demokratischen Staatsform, wie unser Wille zum völkerversöhnenden Sozialismus als Hilfskräfte zur Verfügung.

Wir sind aber überzeugt davon, daß die ökonomischen Voraussetzungen für eine vernünftige gemeinsame Arbeit zum Wohle aller Menschen, die guten Willens sind, geschaffen werden können.

Es gibt nach unserer Auffassung — und das beweisen die Nöte aller europäischen Völker heute mehr denn je — heute kaum noch ein Problem, das nur noch nach rein nationalen Gesichtspunkten gelöst werden könnte.

Nur die sachliche Überlegung und die Überprüfung aller Faktoren unseres gesellschaftlichen Zusammenhaltens auf diesem Kontinent, wird nach unserer Überzeugung auch die notwendige psychologische Entspannung zwischen Siegern und Besiegten geben können.

Um der deutschen Jugend sagen zu können — und auch, um es ihr beweisen zu können — daß unser Ideal, der demokratische Sozialismus, menschenwürdiger, edler und damit erstrebenswerter ist als alles, was man ihr in den vergangenen Jahren gezeigt hat, genügt nicht nur, daß wir uns vor diese Jugend stellen und die Schrecken und Verwerflichkeiten des Faschismus brandmarken. Das bleibt negativ! Wir müssen der jungen Generation auch den positiven Weg zur Überwindung des geistigen und materiellen Elends aufweisen können.

Nur wenn uns das gelingt, könnten wir die konstruktiven Ideale eines wahrhaft demokratischen Staates realisieren.

Bleibende Hoffnungslosigkeit aber führt entweder zum Gedanken an die Sinnlosigkeit des Daseins, oder zum gewissenlosen Abenteurertum. Beides wollen wir nicht. Wir wollen es nicht als Deutsche, und erst recht nicht als Sozialdemokraten!

Im Zusammenhang mit diesen Ideen sind wir als internationale Sozialisten auch verpflichtet, zu anderen Vorgängen Stellung zu nehmen, von denen man allgemein glaubt, daß sie die Garantien für die Sicherung des Friedens darstellen.

Nicht etwa, weil uns ein sogenanntes „Groß-Deutschland" vorschwebt, sprechen wir über die verschiedentlich vorgeschlagenen Grenzveränderungen, sondern weil wir die Befürchtung haben, daß der von allen denkenden Menschen so heiß ersehnte Friede nicht gesichert erscheint, wenn Millionen Menschen von Heim und Hof getrennt in übervölkerten Gegenden eine Zuflucht suchen müssen. Wir sagen das nicht etwa deswegen, weil es sich zufällig um einige Millionen unserer Landsleute handelt.

Wir Sozialdemokraten würden dasselbe sagen, wenn es sich um die Verschiebung oder Verschickung von einigen Millionen Polen, Tschechen oder Franzosen handeln würde.

Wir Sozialdemokraten sehen zuerst den **Menschen.** Der Mensch und sein Leid ist für uns der Ausgangspunkt jeder kritischen Betrachtung im ökonomischen oder im gesellschaftlichen Sinne.

Weil die Besten von uns schon Jahre vor dem Kriege im Namen dieser Prinzipien gegen den Hitlerfaschismus ankämpften, mußten sie in die Konzentrationslager, in die Zuchthäuser und auf das Schafott gehen.

Wir würden ihr Andenken nicht ehren, wenn wir nicht heute auch wieder im Namen dieser gleichen Prinzipien unsere Stimme erheben würden. Noch nie haben Gebietsabtrennungen, Landzerstückelungen und Verschickung von Menschen in der Geschichte der Völker bleibende Resultate im Sinne der Friedenssicherung gezeitigt! Immer wieder wurde das Gegenteil von dem erzeugt, was man zu erreichen bezweckte.

Wir sind der Überzeugung, daß der objektive Beobachter unseres heutigen Schicksals in diesen Feststellungen keine Wiederbelebung eines sogenannten deutschen Nationalismus erblickt.

Denn Wahrheiten bleiben Wahrheiten! Auch über die Grenzen der Nationen hinweg!

Wir deutschen Sozialdemokraten stehen vielleicht heute mit leeren Händen da und haben nichts anderes als unseren glühenden Friedenswillen, den wir dem französischen Volk entgegenbringen können. Wir kämpfen einen täglichen heißen Kampf darum, daß diese, unsere Überzeugung nicht nur Gedankengut unserer Partei bleiben, sondern Gedankengut des ganzen deutschen Volkes werden möge. Wir hoffen, daß die alten Spannungen endlich gelöst werden, und daß wir uns zu einer realpolitischen Überlegung zunächst der ökonomischen gemeinsamen Notwendigkeit finden mögen.

Daß dieser Wunsch zur Realität wird, darin sehen wir unsere Zukunft.

Niemand in unseren Reihen denkt daran, daß das französische Volk das ihm durch Hitler zugefügte Unglück und die Verbrechen schnell vergessen könnte. Das deutsche Volk, das Hitler zu lange ertrug, ist durch die Zerstörung seiner Städte, durch den Verlust von Millionen von Menschen und die grauenhafte Verachtung einer ganzen Welt schwer gestraft worden.

Nach einem anfänglichen Schaudern des Erkennens will es nun arbeiten. Es sucht die Grundlage für seine geistige und materielle Gesundung! Wir deutschen Sozialdemokraten ringen um dieses Volk, um ihm zu helfen, mit uns die Brücke zur Welt zu schlagen.

Die Grundsätze der deutschen Sozialdemokratie, die sich seit Jahrzehnten bewährt haben, und die auch die Grundsätze aller sozialistischen Parteien in der Welt sind, verbieten es uns, andere als freundschaftliche Gefühle einem Nachbarvolke gegenüber zu hegen. Wenn wir als Sozialisten von dem Schicksal der Menschen unseres Landes sprechen, dann denken wir dabei nicht nur an unsere eigene Heimat, sondern auch an die Heimat aller Arbeiter in der Welt.

Die wahren Freunde Frankreichs

Wenn es heute aber Leute gibt, die da glauben, sie müßten ihre mehr als zweifelhafte Vergangenheit dadurch verdecken, daß sie so schnell wie möglich den Anschluß an Vereinchen und Organisationen finden, die aus rein berechnenden Gründen unerbetene Freundschaftsbezeugungen am laufenden Band fabrizieren, dann wollen wir heute ein- für allemal erklären:

Wir brauchen keine Sonderklubs zur Gestaltung eines guten Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland. Die sauberste, die natürlichste und damit die solideste „Union der Freunde Frankreichs" war und wird immer bleiben: **die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.**

Es ist die Partei, deren geistiger Kopf August Bebel schon im Jahre 1871 der bürgerlichen Mehrheit im deutschen Reichstag das „Nein" der Sozialisten zur Annexionforderung an Elsaß-Lothringen entgegenrief.

Es ist die Partei, die 1918 die größenwahnsinnigen Hohenzollern dazu zwang, das Morden zu beenden, noch ehe der Rest der französischen und deutschen Jugend in den Massengräbern umkam.

Es ist die Partei, die vor 1933 das deutsche Volk und die Welt vor Hitler warnte, die später in der Illegalität, im Inland und im Ausland die Kriegsvorbereitungen Hitlers anprangerte und die sofort zu Beginn des Krieges — auch während andere Parteien sich während des deutsch-russischen Freundschaftsbündnisses zurückhielten — ihre Mitglieder und Anhänger aufforderte, im Inland und im Ausland ihr Letztes herzugeben zur Abwendung der Katastrophe.

Das sind die wahren Freunde Frankreichs!

Und auch heute wieder, da Not und Elend, wo Unverständnis und oft auch die Reste einer naziverseuchten Erziehung eine Gefährdung unserer besseren Zukunft sind, auch heute ist es wieder die Sozialdemokratie, die als erste Partei Deutschlands in ihrem Entwurf zu einer künftigen deutschen Verfassung erklärt:

Die deutsche Republik gibt sich eine Verfassung, die einer höheren Ordnung weicht, wenn die Voraussetzungen zu einer internationalen Ordnung gegeben sind!

Damit erneuert die Sozialdemokratie wieder einmal ihr glühendes Bekenntnis zu einer höheren Gesellschaftsform.

„Der Nationalismus ist die heutige Form des Nihilismus in der Welt, der Boden, auf dem die Schwindler und Scharlatane der modernen Menschheit gedeihen!" sagte Dr. Schumacher einmal. Weil das so ist und weil wir Sozialdemokraten diese Idee zur Grundlage, zum Gesetz unseres Handelns gemacht haben, werden wir immer und in jeder Situation jedem deutschen Nationalismus, der nur an sich denkt und nicht gleichzeitig an die Schaffenden der anderen Nationen, den erbittertsten Kampf ansagen.

Darauf können sich unsere Freunde, die Arbeiter Frankreichs, verlassen. Das ist unser Gelöbnis, auch in dieser Zeit, in der die materiellen und geistigen Schwierigkeiten uns zu erdrücken drohen.

Wir wollen für unsere Zukunft die Grundlagen zu einem neuen Staat legen. Zu einem Staat, in dem der arbeitende Mensch in Freiheit und bei Wahrung seiner menschlichen Würde, ein Höchstmaß von materiellen und geistigen Entwicklungsmöglichkeiten findet. Die SPD braucht zu diesem Zweck keine neuen Programme aufzustellen, sie hat ihr altes und unveränderliches aber immer wieder neues Kampfprogramm der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter, der Getretenen und der Geschundenen gegen die Gewinner in den Krisen und in den Kriegen.

Wir Sozialisten versprechen niemanden den Himmel auf Erden und noch weniger die Sonne im Himmel.

Wir kämpfen, damit die Grundgesetze der Menschlichkeit, der Friede, das Recht und die Freiheit auch in unserem Volke so gesichert sind, daß nicht wieder in einer vorübergehenden Verwirrung das Schweigen der Angst, die Konzentrationslager und die Unfreiheit den Inhalt unseres Staates darstellen.

Wir wissen, daß dieser Weg in die bessere Zukunft schwierig ist. Und wir haben aus diesem Grunde seit Beginn unserer Existenz als Partei nie Wert darauf gelegt, die Schreier und die Kläffer, die Mantelträger nach dem Winde und die charakterlosen Konjunkturpolitiker in unseren Reihen zu wissen. Auch wir Sozialdemokraten sind nicht ohne Fehler; denn wir wissen, daß irren menschlich ist und daß ein Mensch, der sich zur Sozialdemokratie bekennt, nicht von vornherein ein Unfehlbarer oder ein Weiser sein muß!

Wir haben aber eins! Das ist unser unbändiger Wille und unser unbeugsamer Stolz, für das Schönste zu kämpfen, was es für den Menschen auf dieser Erde gibt:

Für die Gerechtigkeit! Für die Freiheit! Und für den Frieden!

Sozialdemokratische Partei Rheinhessen

Bezirkssekretariat Mainz, Schottstraße 2 — Telefon 4184

Wichtige Anschriften:

W. Hitter, Vorsitzender, **Mainz-Hechtsheim**
Mainzerstraße 62 — Telefon 4919

Günter Markscheffel, Schriftleiter, **Mainz**
Untere Zahlbacher Straße 28 — Telefon 4985

Die Freiheit

Organ der Sozialdemokratischen Partei. — Erscheinungsort Mainz-Ingelheim
Buchdruckerei: Wolf, Ingelheim-Süd, Rinderbacherstraße — Telefon Nr. 8
Vorläufige Adresse der Geschäftsleitung: Mainz, Schottstr. 2 — Telefon 4184
Vorl. Adresse der Redaktionsleitung: Mainz, Unt. Zahlbacherstr. — Tel. 4985

Mainz

Alfred Freitag, Am Zollhafen — Telefon 4184

Worms

Ludwig Bardorf, Würthweinstr. 14 — Telefon 3993
Kreissekretariat: Friedrich-Ebert-Straße — Telefon 5160

Alzey

Emil Lang, Neirestraße — Telefon 146
Kreissekretariat: Ochslergasse — Telefon 323

Bingen

Lorenz Heinz, Kapuzinerstraße 4 — Telefon 112

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek